



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



„Auch nach der Wahl: gute Politik für unsere Heimat!“

Moin!

ERGEBNISSE DER KOMMUNALWAHL

SPD wieder stärkste Kraft in Oldenburg

Oldenburg und das Ammerland haben am 11. September neue Stadt- und Gemeinderäte sowie einen neuen Kreistag gewählt. Wie das bei Kommunalwahlen so ist, haben Bundespolitik und lokale Faktoren bei der Entscheidung vieler Wählerinnen und Wähler zusammengespielt. Generell können wir jedoch sagen, dass es gegenüber der letzten Wahl im Jahr 2011 keine drastischen Veränderungen gegeben hat.

In Oldenburg ist die SPD mit 32,7% erneut stärkste Kraft mit deutlichem Abstand vor der CDU (22,2%) geworden und ist somit am Zug, eine Ratsmehrheit für fünf weitere Jahre zu bilden. Im Kreistag des Landkreises Ammerland liegt unsere Partei bei 28,7% und kann weiterhin

aktiv Politik für die Ammerländerinnen und Ammerländer gestalten. Das ist das Verdienst des Engagements unserer Genossinnen und Genossen vor Ort, die monatelang bei Infoständen und Hausbesuchen für sozialdemokratische Werte geworben haben. Ich gratuliere allen neuen und alten Mitgliedern der Räte!

Ich freue mich natürlich auch über mein persönliches Ergebnis: Mit 4.237 Stimmen in der Kreistagswahl sowie 1.370 Stimmen in der Wahl zum Gemeinderat Wiefelstede habe ich jeweils die höchste Stimmenzahl aller Bewerberinnen und Bewerber erhalten. Das ist aber kein Anlass, sich auszuruhen – sondern weiterhin engagiert Politik für Oldenburg und das Ammerland zu gestalten.

Der September war von Wahlen geprägt. Nicht nur von den Kommunalwahlen in Niedersachsen (siehe links), sondern besonders von der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin. Ich freue mich natürlich, dass in beiden Bundesländern die SPD voraussichtlich weiterhin den Regierungschef stellen wird und gratuliere Michael Müller und Erwin Sellering.

Dennoch: Die Verluste der Volksparteien und somit auch die der SPD zeigen, dass wir nun ganz besonders gefordert sind, glaubwürdige Politik zu machen. Dazu wollen wir mit den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2017, die diesen Monat in Berlin begonnen haben, einen Beitrag leisten. Bei einem weiterhin ausgeglichenen Haushalt wollen wir auch die Spielräume ausnutzen, um das Miteinander und den Zusammenhalt in der Gesellschaft durch kluge Investitionen zu stärken. Denn wo Menschen Vertrauen in die Sicherheit des sozialen Gefüges haben, da haben Populisten keine Chance.

Ever 10.15

BEZAHLBARES WOHNEN SICHERN

„Herausmodernisieren“ stoppen und MieterInnen schützen

Vor kurzem war ich gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Cansel Kiziltepe in Berlin in ihrem Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg unterwegs und habe mir als zuständiger Berichterstatter der SPD für das Mietrecht die dortige Situation angeschaut. Der „Wrangelkiez“ ist in den letzten Jahren zu einem beliebten Wohngebiet geworden. Wir sind dort mit Mieterinnen und Mietern ins Gespräch gekommen, die befürchten müssen, aus ihren Wohnungen „herausmodernisiert“ zu werden. Eigentümer führen hierbei Luxussanierungen durch und legen die Kosten dafür auf die Mieter um. Innerhalb kürzester Zeit müssen diese teils horrenden Mietsteigerungen hinnehmen. Das ist in den letzten Jahren gerade in Ballungsräumen leider zur gängigen Praxis geworden. Viele Menschen werden dadurch aus ihrem angestammten Wohnumfeld verdrängt, weil sie sich die Wohnung,

in der sie jahrelang gewohnt haben, plötzlich nicht mehr leisten können.

Seit dem Frühjahr arbeite ich gemeinsam mit meinen KollegInnen aus der SPD-Bundestagsfraktion an einem zweiten Mietrechtspaket mit entscheidenden Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter. Dazu gehört auch die deutliche Absenkung der Modernisierungsumlage. Natürlich soll es schon aus Gründen des Klimaschutzes für Eigentümer weiterhin attraktiv sein, Objekte zu modernisieren – daraus darf aber kein bloßes Renditeprojekt werden! Denn Wohnen ist ein Grundrecht.

Verdrängung und Wohnraumknappheit sind aber keineswegs nur in Metro-

polen wie Berlin Thema: Auch hier bei uns in Oldenburg sind knapper Wohnraum und steigende Mieten ein Problem. Die Mietpreisbremse war ein wichtiger erster Schritt, dagegen etwas zu tun. Aber wir sehen auch, dass sie besser und wirksamer werden muss. Leider blockiert die CDU genau das. Aus der Erfahrung dieser Legislaturperiode weiß ich aber, dass es sich lohnt, nicht locker zu lassen.



MITGLIEDSCHAFT IM RECHNUNGS-PRÜFUNGSAUSSCHUSS

Intensivierung meiner haushaltspolitischen Aufgaben

Seit September bin ich nun neben dem Haushaltsausschuss auch Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses des Deutschen Bundestages. Zusammen mit 16 anderen Abgeordneten aller Fraktionen, überprüfe ich in diesem Ausschuss „die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes“.

Das heißt konkret, dass wir überprüfen, inwieweit die im Haushaltsausschuss, dem ich ebenfalls als Vollmitglied angehöre, bewilligten Mittel wirtschaftlich und verantwortungsvoll ausgegeben werden. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesrechnungshof (BRH) wichtig, der Einnahmen und Ausgaben des Bundes politisch neutral beurteilt. In seinen „Bemerkungen“ berichtet uns

der BRH dann von seinen wichtigsten Prüfungsergebnissen. Innerhalb des Rechnungsprüfungsausschusses werden diese dann beraten. Es erfolgt dann in der Regel ein einstimmiges, fraktionsübergreifendes Votum.

Auch im Rechnungsprüfungsausschuss ist jede/r Abgeordnete für einen Einzelplan des Haushaltes zuständig. Ich werde zunächst Berichterstatter für den Einzelplan 06 des Bundesinnenministeriums sein und mich so zum Beispiel mit dem Thema Bundespolizei befassen. Hier soll eine beträchtliche Anzahl neuer Stellen geschaffen werden, die in den Bundeshaushalt aufgenommen werden müssen. Darüber hinaus werden sicher weitere spannende Prüfungsaufgaben auf mich zukom-

men.

Ich freue mich auf diese weitere Aufgabe und auf die Vertiefung meiner haushalterischen Arbeit. Meine Nachfolgerin im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz wird voraussichtlich Bettina Bähr-Losse aus Nordrhein-Westfalen sein.





30. August - Zusammen mit Frank Oeltjen habe ich das Entsorgungsunternehmen DIMAX Kreislaufwerkstoffkonzepte GmbH in Apen besichtigt.



30. August - Besuch und Austausch beim Edestahlverarbeitungsbetrieb Klarmann in Westerstede / Ocholt mit dem örtlichen SPD Ortsverein.



31. August - Austausch mit den Ver.di-Seniorinnen und -Senioren der Post und Telekom zu den Themen Rente, Mindestlohn und Altersarmut.



15. September - Mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) habe ich mich über die Ausrüstung für die Bereitschaftspolizei unterhalten.



18. bis 20. September - Mitglieder des Bürgervereins Osternburg auf einer Informationsfahrt nach Berlin mit dem Besuch des Bundestages.



15. September - Teilnahme an der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Oldenburg Nordwest in der Gaststätte „Zum Lindenhof“.



18. September - Bei meiner Festrede auf dem traditionellen Ernteumzug in Nordloh habe ich Wertschätzung für Lebensmittel eingefordert.



18. September - Bei der Übergabe des Siegerpokals des diesjährigen Sommer-Biathlon des Schützenkreises Bad Zwischenahn.

BREITBANDBAU

Ammerland erhält 1,7 Millionen Euro Bundesförderung für den Landkreis

Der Glasfaserausbau im Ammerland wird mit 1,7 Millionen Euro aus dem Breitbandförderprogramm des Bundes gefördert. Die Übergabe der entsprechenden Förderbescheide an den Landkreis fand im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) statt. Die Gesamtkosten der Umsetzung betragen 4,6 Millionen Euro.

hin unterstützt. Als Haushaltspolitiker in Berlin sehe ich es als meine Aufgabe an, für solche sinnvollen Projekte auch Geld in die Hand zu nehmen – und als Kreistagsabgeordneter im Ammerland arbeite ich daran mit, dass die praktische Umsetzung auch zügig gelingt.

Bild (v.l.n.r.): Bundesminister Alexander Dobrindt, Barbara Woltmann MdB, Dr. Thomas Jürgens (Landkreis Ammerland), Dennis Rohde MdB, Stephan Albani MdB.



Leider gibt es im Ammerland nach wie vor „weiße Flecken“, an denen eine Versorgung mit schnellem Internet – und damit die Teilhabe am digitalen Leben – nicht gewährleistet ist. Deswegen freue ich mich, dass der Bund die Strategie des Landkreises für den Breitbandausbau auch weiter-

TEILHABE UND CHANCEN SICHERN

Bundesteilhabegesetz im Parlament

Wir als SPD wollen eine Gesellschaft, in der alle – egal ob mit oder ohne Behinderungen – gleichberechtigt leben und teilhaben können. Ob auf der Arbeit, beim Wohnen oder in der alltäglichen Mobilität. Um das in die Wirklichkeit umzusetzen, schaffen wir das Bundesteilhabegesetz, das derzeit im Bundestag beraten wird.

Wir wollen die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe herauslösen. Künftig sollen Menschen mit Behinderungen die Unterstützung bekommen, die sie brauchen und möchten – unabhängig von der Wohnform. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen und ihre Familien mehr vom eigen-

en Vermögen behalten können und dass Reha-Anträge deutlich einfacher und handhabbarer für die Antragstellerinnen und Antragsteller werden.

Bei einem so großen sozialpolitischen Projekt gibt es naturgemäß viele Anregungen für Verbesserungen – und teils auch deutliche Kritik. Das wollen wir nicht unter den Teppich kehren, sondern konstruktiv mit einbeziehen. Um diesen Austausch zu befördern, veranstalte ich am 16. November eine Podiumsdiskussion in Oldenburg mit der Beauftragten der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen, meiner Bundestagskollegin Kerstin Tack. Eine Einladung geht euch rechtzeitig zu.

MEIN TEAM IN BERLIN



Anna Sandberger unterstützt mein Berliner Büro seit September 2016 im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres Politik und Demokratie. Dort steht sie euch vor allem als Ansprechpartnerin für Besuchergruppen unter der Rufnummer **030 - 227 72 802** zur Seite und ist behilflich bei der Organisation eures Besuchs. Die Lübeckerin hat bereits bei mehreren politischen und journalistischen Workshops sowie einem Schüleraustausch nach Kanada teilgenommen. Nach ihrem Abitur im Frühjahr 2016 sammelt sie nun im Rahmen des FSJs neben politischen Einblicken viele Erfahrungen, die sie bei der Studienwahl voranbringen.

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800
Fax: 030 - 227 76 800

eMail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01
Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: wahlkreis@dennis-rohde.de

www.dennis-rohde.de
facebook.com/dennis.rohde
twitter.com/dennisrohde